

Schule darf nicht autonom werden

Böttcher, Wolfgang

First published in:

Erziehung und Wissenschaft, 46. Jg., Heft 1, S. 14-15, Essen 1994

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

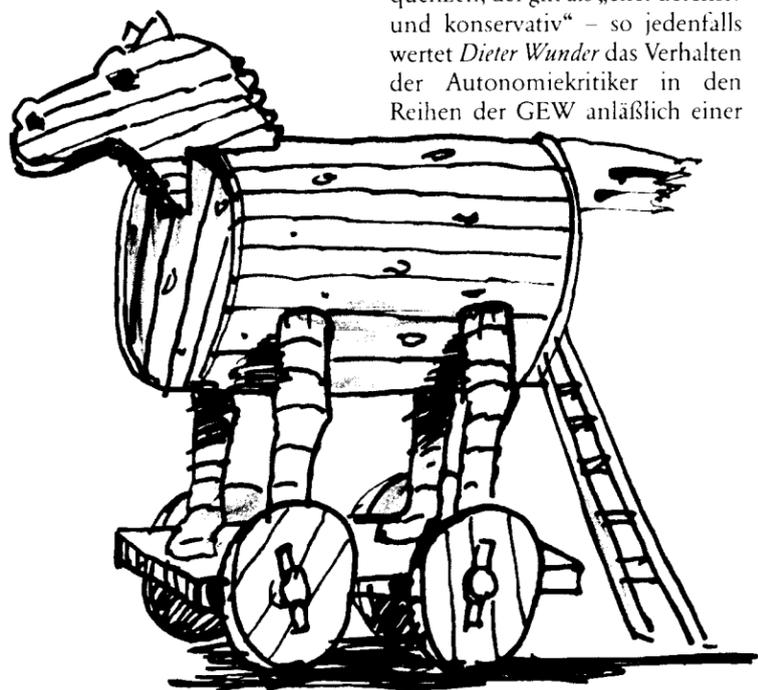
URN: urn:nbn:de:hbz:6-77479685557

Einwände

Schule darf nicht autonom werden

Für Wolfgang Böttcher, Schul-Referent im Hauptvorstand, ist eine größere Autonomie von Schule nicht mit mehr Demokratisierung verbunden, sondern mit Privatisierung und „Marktgängigkeit“ von Bildung.

Die Kritik hat es nicht leicht. Wer rät, die Versprechung der „Autonomie“ zu prüfen, wer gar warnt vor möglichen unbeabsichtigten und gar nicht wünschenswerten Konsequenzen, der gilt als „eher defensiv und konservativ“ – so jedenfalls wertet Dieter Wunder das Verhalten der Autonomiekritiker in den Reihen der GEW anlässlich einer



Diskussion zum Thema mit der niederländischen Lehrgewerkschaft ABOP (vgl. E+W, Heft 7/8 1993).

Drei Kollegen der hessischen GEW gehen einen Schritt weiter. „Überholt“ sei das Denken der Kritiker, geradezu notorisch „staatstragend“ ihre Einstellung. Für die GEW seien sie schädlich. Denn, wenn wir jetzt „Nein“ sagten, dann seien wir verdammt zur Defensive. Dabei könnten wir doch endlich vorne mitmischen, aber statt dessen sperrten sich die Autonomiekritiker gegen jede „notwendige

Veränderung unserer Schule“ (Klaus Müller u. a. 1993).

Zauberformel

„Autonomie‘ im strengen Sinne des Wortes kann nicht das Ziel schulpolitischer Forderungen der GEW sein“, schreiben die eben erwähnten hessischen Autoren. Autonomie nämlich, das sei erläuternd hinzugefügt, bezeichnet laut Duden die „Befugnis zur selbständigen Regelung der eigenen (Rechts-)Verhältnisse“. Das sei nicht gemeint, „weil damit überhaupt keine Vergleichbarkeit der Schulstrukturen und der Arbeits- und Lernbedingungen mehr gegeben wäre“. Also: Eigentlich gar keine Autonomie, sondern lediglich ein bißchen Autonomie, nein, nicht ein bißchen, ein bißchen mehr Autonomie als bisher, oder was?

Im unklaren läßt uns auch Hans-Peter de Lorent, der mit „Autonomie“ die Bürokratie zu überwinden wäht. Es sei schon viel gewonnen, „... wenn Schulen endlich einmal alle ihre ‚grauen Maßnahmen‘ legalisieren könnten“ (Hamburger Lehrerzeitung, 1/93). Seinem prinzipiellen „Ja“ zur Autonomie schließt er einen Katalog von 14 Fragen an, der sogar noch „erweiterungsbedürftig“ ist. Zum Beispiel: Wo sind die Grenzen des Sponsorentums? Wie kann der Tendenz der Privatisierung vorgebeugt werden? Wo müssen Grenzen der Autonomie sein? Was ist das denn eigentlich für eine „Autonomie“, die wir nun offensiv und mit Freude zum Nutzen der Schule und der GEW begrüßen sollen und die wenigstens 14mal auf Grenzen oder Probleme stößt? Mit „mehr Entscheidungsrechten vor Ort“ übersetzt Müller den Begriff „Autonomie“. Aber auch damit sind freilich meine Bedürfnisse nach wenigstens intuitiv klaren Definitionen nicht befriedigt: Was soll entschieden werden und wo? Wer soll entscheiden und wie? Und vor allem: Wem soll „Autonomie“ Nutzen bringen? Ist „Autonomie“ vielleicht nichts anderes als eine Zauberformel, mit der gerade die engagiertesten Kolleginnen und Kollegen die Gespenster der Schulkrise und ihrer beruflichen Frustration vertreiben wollen?

Wie dem auch sei. Für die Indu-

strie und den Staat jedoch ist Autonomie ein Hebel zum Wandel des Bildungssystems in eine Richtung, die wir als Gewerkschaften jedenfalls klassischerweise nicht favorisiert haben. Dies sind die Begriffe, die diese beiden Seiten mit „Autonomie“ assoziieren, willkürlich aus der Tagespresse herausgelesen: dynamische Wettbewerbslandschaft, flexible Ausbildungssysteme, De-

regulierung, finanzielle Anreize, privat-wirtschaftliche Führungstechniken, Sponsoring.

Autonomes Sparen

Es fällt natürlich auch den Fans der „Autonomie“ die Koinzidenz zwischen Begriffskonjunktur auf der einen Seite und dem Mangel an bildungspolitischen und pädago-

gischen Konzepten, der Mittelknappheit und der Kaputt-Sparpolitik auf. Man hängt offensichtlich aber der Hoffnung an, daß die in dieser Situation wiederentdeckte Forderung nach mehr Selbständigkeit von Schulen (mehr Entscheidungsrechte vor Ort), die seit Jahrzehnten eingeklagte Demokratisierung der Schulen befördern könnte. Ich halte dies für wenig

wahrscheinlich. Autonomie wurzelt nicht im Konzept der Demokratisierung. Die Wurzeln der Autonomiediskussion stecken ganz eindeutig im Trend der Privatisierung und „Marktgängigkeit“ von Bildung. Dieser wiederum nimmt seinen Ausgang vor allem im anglo-amerikanischen Sprachraum (vgl. „Zeitschrift für Pädagogik“, Heft 1/93). „Autonomie“ liegt nicht – wie de Lorent an anderer Stelle schreibt – lediglich eine Tendenz zur Privatisierung inne. „Autonomie“ ist ein (beträchtliches Stück) Privatisierung.

Keine Frage, die Schule muß verändert werden. Hartmut von Hentig benennt den Auftrag im Titel seines neuen Buches „Schule neu denken“. Hiermit ist signalisiert, was wir brauchen. Wir benötigen ein umfassendes neues Schulkonzept auf den Ebenen Unterricht, Schulorganisation und Schulstrukturen.

Warum konkretisieren wir nicht, was sich Lehrkräfte, Schüler, Eltern wünschen könnten: Zum Beispiel eine paritätische Schulkonferenz (wie bereits in Hessen), Freiheit bei der Zuschneidung der Klassen- und Jahrestafeln, knappe Rahmenlehrpläne, Jahresstundentafeln, unbürokratisches Einbeziehen schulfremder Personen in den Unterricht. Wer für solche Maßnahmen unbedingt eine Überschrift braucht, bitte: Wie wär's mit „Demokratisierung“, „Partizipation“, „Gestaltungsfreiheit“, „größere Ausgestaltungsspielräume“ ... aber warum denn „Autonomie“ für eine Schule, die nicht autonom wird (und nicht autonom werden darf!).

Wolfgang Böttcher